

Dresdener Nachrichten

Gegründet 1856

Bezugs-Gebühr von 1. bis 16. Februar 1928 bei 60g. zweimaliger Aufstellung frei Haus 1.50 Mk. ... Anzeigen-Preise: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet...

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Marienstr. 38-42. Druck u. Verlag von Ullrich & Reichardt in Dresden...

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe 'Dresdener Nachr.' zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Die Rechtlosigkeit des besetzten Gebietes.

1500 durch Militärgerichte verurteilte Deutsche, 200 Ausschreitungen der Soldaten im Jahre 1927.

Ein „unbequemes Thema“ zur Mittagsstunde. Die Besprechungen der Not der besetzten Gebiete vor leerem Saale.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) Berlin, 2. Febr. Reichstagsstimmung, die um zwölf Uhr beginnen, pflegt der Parlamentarier nicht sonderlich zu schätzen...

Der Verlauf der Reichstags-Sitzung.

Berlin, 2. Febr. In der heutigen Reichstagsstimmung wird der Einspruch der kommunistischen Abg. Lorin und Verb gegen ihre vom Vizepräsidenten Graef verlesene Ausweisung aus der Sitzung vom 27. Januar gegen die Stimmen der Kommunisten, Sozialdemokraten und Demokraten abgelehnt.

Staatssekretär Schmid

wom Reichsministerium für die besetzten Gebiete erklärt zunächst, daß der Reichsanwalt leider durch Krankheit verhindert sei, den Etat selbst hier zu vertreten. Die Regierung bemühe sich, den schweren wirtschaftlichen Druck, der auf der Bevölkerung des besetzten Gebietes lastet, zu mildern.

Die Besatzungsüberminderung hat zur Freigabe von 436 Wohnungen geführt, denen aber immer noch über 8000 beschlagnahmte Wohnungen gegenüberstehen. (Hört, hört!) Die französische Militärjustiz zieht noch immer jährlich rund 1500 deutsche Bürger vor ihre Schranken...

Der Staatssekretär geht dann auf den Kulturfonds ein, der veräußert werden solle, um den Fortbestand der Theater und Orchester im besetzten Gebiet zu sichern. Die Mittel für kulturelle Vorzüge im besetzten Gebiet weisen den gleichen Betrag auf wie im Vorjahr.

Schon jetzt muß freilich gefastet werden, daß in keinem Falle mehr als eine Million Mark erwartet werden kann. Diese Beschränkung bringt es mit sich, daß im Theater- und Orchesterwesen des besetzten Gebietes einschneidende Rationalisierungsmaßnahmen getroffen werden müssen.

Mittel zur Förderung von Wirtschaft und Arbeit im besetzten Gebiet in gleicher Höhe wie im Vorjahr, d. h. mit 800.000 Mark, vom Haushaltsausschuß eingelegt worden.

wendung finden sollen. Die Reichsregierung ist auch der Ansicht, daß die Weitergewährung der Fahrtenzuschüsse an die Saarländer erfolgen soll, solange deren Notlage fortdauert. In diesem Zweck ist im Haushalt ein Betrag von vorerst 1,5 Millionen Mark eingelegt.

Erwähnt sei hier auch der Grensoud, der mit seinem für die westlichen Grenzgebiete bestimmten Teil gerade auch für das besetzte Gebiet bedeutsam ist. Die Beratungen hierüber werden bei dem Haushalt des Reichsinnerministeriums erfolgen. Staatssekretär Schmid benutzte dann die Gelegenheit, um seiner Freude darüber Ausdruck zu geben, daß durch die Initiative des Ausschusses die sofortige Zahlbarmachung der im diesjährigen Nachtragshaushalt für die westlichen Grenzgebiete vorgesehenen 12,5 Millionen Mark ermöglicht worden ist.

Die gesetzgeberischen Fortschritte des verflossenen Jahres auf dem Gebiete der Besatzungsschäden, das neue Besatzungsleistungsgesetz und die Novelle zum Besatzungsperfektionsgesetz haben sich bereits, wie die bisherigen Erfahrungen zeigen, für die Bevölkerung ausgewirkt. Wir stehen im Endstadium der Entwicklung der sogenannten Rhein- und Ruhrschäden, die bis zum Schluß des neuen Etatsjahres zum Abschluß gebracht sein wird.

erklärt, der Vimburger-Prozess habe besetzend gewirkt. Es sei eine schwere Belastung des nationalen Gewissens, daß und durch das Londoner Abkommen die Verfolgung und Bestrafung des Separatistengesindels unmöglich gemacht wird. Die Verletzungen nach Verhängung Preußens und Rheinischer Autonomie lehnt der Redner aufs schärfste ab.

Wir glauben nicht, daß die britische Regierung oder irgendein Teil der britischen öffentlichen Meinung versuchen würde, die Form internationaler Anechtung, die die Anwesenheit einer französischen Armee und des Restes einer britischen Armee unter den gegenwärtigen Umständen bedeutet, zu rechtfertigen.

(Nach Schluß der Redaktion dauert die Sitzung noch fort.)

Londoner Stimmen gegen Frankreichs Annahmefähigkeit.

London, 2. Febr. In einer Besprechung der Rede Stresemanns weist die „Times“ darauf hin, daß Frankreich in erster Linie aus der Rheinlandsbesetzung wirtschaftliche und finanzielle Vorteile herauszubringen versuche; es scheine, daß Stresemann das anerkennt und bereit ist, dem Wunsch der Franzosen in etwas nachzukommen.

Wenn die Unterzeichner des Locarno-Pakties die Absicht hatten, ihre Verpflichtungen einzubehalten, dann ist die Fortdauer der Besetzung eine Verleumdung für den gesunden Menschenverstand und das Gerechtigkeitsgefühl, ferner eine Verleumdung des deutschen Volkes und eine dauernde Gefahr für den Frieden.

Es kann kaum bezweifelt werden, daß die britische Regierung die britischen Truppen bereits morgen mit Freunden zurückziehen würde. Das Blatt schreibt weiter, daß alle französischen Friedensbeteuerungen wertlos seien, wenn die Besatzung bleibt, und es sehe ja so aus, als solle das bis zum nächsten Tage so weitergehen.

Der Kampf um die Preußenkasse.

Ein Schreiben der Genossenschaftsverbände an Geheimrat Semper.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) Berlin, 2. Febr. Bekanntlich spielt seit längerer Zeit der Kampf des preussischen Finanzministers Hüpfers, Hoff gegen den Präsidenten der Preussischen Zentralgenossenschaftskasse, Geheimrat Semper, dessen Kredit- und Finanzpolitik den reagierenden Herren in Preußen seit geraumer Zeit ein Tor in Auge ist.

Sehr geehrter Herr Präsident! In den am 20. Januar abgehaltenen Sitzungen des Ehreneren Ausschusses und des Großen Ausschusses der Preussischen Zentralgenossenschaftskasse haben die Vertreter der Genossenschaften und der übrigen nichtstaatlichen Anteilnehmer Gelegenheit genommen, Ihnen, hochverehrter Herr Präsident, vollstes und uneingeschränktes Vertrauen auszusprechen.

Des weiteren haben wir in Ihnen stets die Persönlichkeit vornehmster Denkart geschätzt. In dieser Meinung können uns auch die gegen Sie gerichteten Angriffe in der Öffentlichkeit und der gezwungene Rücktritt von Ihrem Amte nicht irremachen.

Diese Rundgebung ist von um so größerer Bedeutung, als tatsächlich die Besetzung des Präsidentenpostens der sogenannten Preußenkasse einschlagend für das Gedeihen des deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens ist. Der der Landwirtschaft feindlichen preussischen Regierung ist es nunmehr gelungen, Geheimrat Semper, einen treuen Freund der deutschen Landwirtschaft, zu kürzen.

Kommisariat beauftragt wegen des Rücktritts des Geheimrats Semper ist ein Mann namens Lepper, von dem verlautet, daß ihm die preussische Regierung das Aufsichtsdreht über die Preußenkasse angeboten hat, und sofort das doppelte Gehalt ausbitterte. Von der Preußenkasse abhängig ist das gesamte deutsche, nicht nur preussische landwirtschaftliche Kreditwesen in hohem Maße. Es handelt sich also um das Bestreben einer Parteipolitik der Spitze der hauptsächlichsten landwirtschaftlichen Kreditquellen.

Hindenburg auf der Ausstellung „Grüne Woche“.

Berlin, 2. Febr. Heute vormittag 9 Uhr besuchte der Reichspräsident in Begleitung des Reichsernährungsministers Schiele und des Majors v. Hindenburg die „Grüne Woche“. Er wurde in der neuen Ausstellungshalle im Rahmen der Stadt Berlin von Oberbürgermeister Dr. Böß, Direktor Dr. Schick vom Ausstellungs-, Messe- und Fremdenverkehrsamt der Stadt Berlin, sowie von dem Leiter der „Grünen Woche“, v. Dafe, und den Herren Grafen Kalkreuth, Prinz Hohenhausen, Präsident der Landwirtschaftskammer v. Oppen, Abg. Dold und zahlreichen anderen Vertretern der Land- und Forstwirtschaftsorganisationen begrüßt.

Kattowik, 2. Febr. Der vielgeschmähte und beschimpfte frühere Führer der ober-schlesischen Aufstände, Korsant, der heftigste Gegner des jetzigen Polwoden in Kattowik, wird trotz der gegen ihn ergriffenen Kampagne und des vernichtenden Urteils des Warschauer Marschallengerichtes als Spitzenkandidat der Christlich-DEMokratischen Partei in allen drei Wahlbezirken der Wojewodschaft Schlesien kandidieren.